

## Meinungen und Profile

Strahm

# Nun kommt in der Klimapolitik die harte Arbeit

Die Euphorie nach der spektakulären Klimawahl ist am Abklingen, – jetzt aber braucht es harte Knochenarbeit und Kompetenz in der CO<sub>2</sub>-Politik. Die konkreten Vollzugsprobleme, um bis 2030 den Ausstoss von Treibhausgasen zu halbieren und bis 2050 zu beenden, sind immens. Technisch sind diese Ziele möglich. Aber dieses Programm ist auch mit Illusionen und falschen Versprechen verbunden.

Die Umweltkommission des Nationalrats will den Schwung aus den Wahlen nutzen und das CO<sub>2</sub>-Gesetz schon im Dezember ins Parlament bringen. Dazu hat der Ständerat in der alten Zusammensetzung gute Vorentscheide gefällt. Es ist klug von Links-Grün, diese Ständerats-Variante zu Ende zu führen und das revidierte Gesetz nicht mit einer unrealistischen Aufstockung in die Referendumsfalle zu schicken.

Dennoch, dieses revidierte CO<sub>2</sub>-Gesetz wird längst nicht das erreichen, was jetzt versprochen wird. Ich denke beispielsweise an das vorgesehene Gebäudeprogramm. Mehr als ein Viertel aller CO<sub>2</sub>-Emissionen in der Schweiz kommen von den 1,7 Millionen Gebäuden. Um die Klimaziele bis 2050 zu erreichen, sollten jährlich 3 bis 4 Prozent aller Gebäude energetisch saniert werden. Heute sind es

nur ein Prozent. Dabei werden bei mehr als die Hälfte aller Fälle die alten Ölheizungen einfach durch neue Öl- oder Gasheizungen ersetzt. Das ist noch keine Klimapolitik!

Man meint, die Gebäudesanierungen mit einer Brennstoffabgabe beschleunigen zu können. Aber vom Gesamtertrag dieser Abgabe soll bloss ein Drittel (maximal 450 Millionen Franken pro Jahr) für das Gebäudeprogramm zur Förderung der energetischen Sanierungen zur Verfügung gestellt werden. Zwei Drittel sollen ohne Zweckbindung erhoben und an die Bevölkerung zurück vergütet werden, zum Beispiel über die Reduktion von KV-Prämien.

Aus langjähriger Erfahrung in der Mieterpolitik folgere ich, dass dieses Programm nicht funktioniert! Denn 63 Prozent aller Wohnungen sind Mietwohnungen, ebenso hoch ist der Anteil der Geschäftsmieten. Die höhere Heizölabgabe verteuert bloss die Nebenkosten der Mieter. Aber die kapitalintensive energetische Sanierung durch die Eigentümer fördert sie nicht. Bei Mietobjekten braucht es einen finanziellen Anreiz mit Sanierungsbeiträgen an die Eigentümer. Diese Subventionen müssen natürlich mietrechtlich auch den Mietern wei-

tergereicht werden. Die Brennstoffabgabe auf Heizöl müsste für Investitionsbeiträge eingesetzt werden. Sonst bleibt sie fast wirkungslos. Ein Franken Abgabe, der für energetische Sanierungen in Gebäuden zweckgebunden ist, ist mindestens dreimal wirksamer als bei blosser Rückvergütung an die Bevölkerung.

Sehr wirksam würde indes jener Mechanismus im CO<sub>2</sub>-Gesetz werden, der ab 2023 für Altbauten eine Verpflichtung von Heizungssanierungen mit einem CO<sub>2</sub>-Absenkungspfad vorsieht (maximal 20 Kilo Heizöl pro Quadratmeter und Jahr, später tiefer). Eine solche Verpflichtung ist allerdings noch umstritten.

Mit dem im CO<sub>2</sub>-Gesetz vorgesehenen Brennstoff-Konzept wird allein im Gebäudebereich beinahe eine Milliarde Franken pro Jahr durch Rückerstattung umverteilt, ohne dass der CO<sub>2</sub>-Ausstoss merklich gesenkt wird. Diese Fehlkonstruktion ist den Fachleuten und einigen Parlamentariern im linksgrünen Lager durchaus bewusst. Alle verweisen auf den bisherigen Kompromisszwang mit der FDP, um eine Mehrheit zu erzielen. Die Freisinnigen versprechen die Rückerstattung der Brennstoffabgabe mit Berufung auf das Dogma der «Staatsquotenneu-

tralität». Sie rufen nach sogenannten «marktwirtschaftlichen Lösungen». Was die Mietliegenschaften betrifft, ist das bloss marktgläubige Ideologie mit falschen Versprechen. Die Erhöhung der Marktpreise führt nicht zum Ziel, wenn sie nicht mit der aktiven Förderung emissionsarmer Technologien (Solar, Wärmepumpen, Isolationen) verbunden ist. Klimapolitik ist eben nicht gratis.

Alle gängigen Berechnungsmodelle der Hochschulen und Energieplaner überschätzen systematisch die Wirkungselastizitäten von Energiesteuern. Das heisst, die Preiserhöhungen werden nicht jene Verbrauchsreduktionen bewirken, die uns mit den Modellen professoral versprochen werden.

Dies gilt nicht nur für Brennstoffabgaben, sondern auch bei Treibstoff- und Kerosen-Zuschlägen. Diese müssten, um das Verhalten zu beeinflussen, derart hoch angesetzt werden, dass die Bevölkerung sie ablehnt. Auch diese Zuschläge müssen zweckgebunden für technische Effizienzverbesserungen, erneuerbare Energien, Kompensationen oder für Aufforstungsprojekte eingesetzt werden, – in Einzelfällen vielleicht auch für die soziale Kompensation.

Wenn das Gewerbe pragmatisch und weniger ideologisch urteilt, kann es durch die erhöhte zweckgebundene Abgabe zugunsten von Haustechnik, Energiesanierungen, Wärmepumpen und Solaranlagen viel Wertschöpfung gewinnen.

Allerdings muss dieser technologische Wandel auch mit einem intensivierten Qualifikations-Programm verbunden werden. Es fehlen heute praxisorientierte Energieberater. Gewerbliche Techniker, Handwerker und Teamchefs sind nunmehr die Schlüsselfiguren in der Energiewende.

Das Ringen um das Weltklima wird allerdings nicht bei uns, sondern an den Wäldern des Amazonas, in Alaska und Kanada, in Sibirien, Kongo und Äthiopien quantitativ entschieden. Diesen Urwäldern muss man einen Preis geben und deren existenzielle entscheidende Klimaleistung müssen wir abgelten. Klimapolitik heisst zwar lokal handeln, – aber auch global denken und global kompensieren!



**Rudolf Strahm**  
ehemaliger Nationalrat  
und Preisüberwacher

La Leopardessa

## Schmutzige Fenster und eine Kolumne im Nacken

Ich weiss, ich sollte noch dies und das anpacken. Unter anderem auch diese Kolumne schreiben. Oder zumindest «zfaeschlaa», wie ich auf Züritütsch zu sagen pflege. Und das denke ich, während ich im Bett sitze und meine «Morgenseiten» schreibe. Darauf will ich nicht eingehen, denn die schreibe ich ja jeden Morgen. Ich sitze und schreibe, und in den Pausen schaue ich durch mein Schlafzimmerfenster. Normalerweise geniesse ich in diesen Pausen meine wunderbare Aussicht mit den Bäumen und den verspielten Eichhörnchen, streitenden Katzen und fallenden Herbstblättern.

Aber ausgerechnet in der einen zweiminütigen Pause scheint die Sonne in mein Fenster. Und ich sehe dem Desaster direkt ins Gesicht: Das Fenster ist schmutzig! Und ich möchte am liebsten Hand anlegen.

Aber ich kenne mich, denn so geht es mir oft. Ich sollte etwas am Schreibtisch erledigen. Und was mache ich stattdessen? Aufräumen, putzen und ordnen. Oder waschen – wenn nötig sogar von Hand. Und mit der Kolumne im Nacken kommt mir die Sonne grad recht, die so gnadenlos durch mein Fenster scheint, dass ich es sehen muss! Ich sehe nämlich, dass nur die Hälfte der Scheibe leuchtet, während die anderen zwei Drittel grau und beige, dumpf schlammig und ganz und gar nicht durchsichtig bleiben.

Und sofort bin ich voller Tatendrang: «Nach den Morgenseiten zieh ich mir Gummihandschuhe an und besprühe und wasch und...» dachte ich und spürte fast schon körperlich die Erleichterung mit der Beseitigung des Schmutzes.

Kaum gedacht, versteckt sich die Sonne wieder hinter grauen Wolken, und mein Fenster zeigt wieder blankes Glas. Die zwei Minuten waren es also

dann mit Sonnenschein. Der Regen übernimmt wieder, wie schon gefühlt die ganze letzte Woche und nach Prognose auch bis zum Ende der Herbstmesse.

Gestern lief ich mit meiner Tochter bei Regen mit Kapuze und Käppi über den Münsterplatz, und wir staunten, dass noch andere Menschen bei dem Wetter da waren. In Anbetracht dessen, dass es sich um einen Freitagabend handelte, wurde es uns etwas schwer ums Herz. Wenig Menschen, sehr wenig. Normalerweise kann man sich vor lauter Menschen kaum vorwärts bewegen. Heute könnte ich mit meiner Tochter wie Ginger und Fred quer

durch die Gassen tanzen. Und laut «I'm singing in the rain» singen, es würde kaum jemanden stören.

Ich liebe die Herbstmesse, dieses bunte Treiben mit den farbigen Lichtern, lauter Musik und grellen Scheinwerfern. Ich mag gerade diese alten Traditionen und Stände, wie das Büchsenwerfen, den Hau-den-Lukas und das Riesenrad. Stände, die es auch schon in meiner Kindheit gab. In meiner Geburtsstadt Winterthur ging ich als Kind an die Chilbi, wo dieselben Stände standen, aber eben viel, viel weniger. Und bei diesen Ständen kann man vielleicht erahnen, dass solche Stadtfeste auf eine lange Geschichte blicken.

Dennoch war ich völlig überrascht zu erfahren, dass es die Basler Herbstmesse seit über 500 Jahren gibt. Entstanden, um das Budget der Stadt nach Krankheit, Krieg und Hungersnöte aufzubessern. Diese Tradition hat sich bis heute gehalten und ist nach wie vor bei Jung und Alt beliebt.

Wir liefen mit einem Beggeschmutz in der Hand an der guten alten «Snow Dream», der Berg-und-Tal-Bahn, vorbei und hörten das übliche Kreischen und Angstschreie. Lange schauten wir auf die vorbeirasenden Wägeli. Da endlich sahen wir den einen Fahrgast.

Doch alle Gesichter, die ich an diesem Abend an der Herbstmesse gesehen habe, strahlten, lachten und glänzten wie mein Fenster bei Regen. Die wundersame Stimmung ist durch das bisschen Wasser bestimmt nicht zu bremsen.



**Rosetta Lopardo**  
Kabarettistin und Sängerin  
www.rosetalopardo.ch  
www.anima-beratung.ch

**Ich liebe die Herbstmesse, dieses bunte Treiben mit den farbigen Lichtern, lauter Musik und grellen Scheinwerfern.**

Agenda

## Die AHV wird zur Titanic

Leider können meine Enkel bei der Altersvorsorge nicht einer Alters-Greta «hinterherschwänzen», weil Politiker auf den etwa 57-jährigen Medianwähler – gleich viele sind jünger oder älter – schielen, der sowohl von der intergenerativen wie auch der intragenerativen Umverteilung profitiert.

Das konzeptionell an sich sehr gute 3-Säulen-System wankt, weil die wirtschaftlichen und demografischen Fundamente instabil werden. Obwohl der Grütliverein schon 1886 eine staatliche AHV verlangte, gelang erst 1925 ein Verfassungsauftrag. Doch 1931 scheiterte die Lex Schulthess am Referendum. Dafür gelang die Einführung von Lohnprozenten für eine Verdienstersatzordnung für Wehrmänner, die so zum Vorläufer für die AHV von 1946 wurde. Diese basiert auf dem Umlageverfahren mit einem Reservefonds und eben auf Lohnprozenten.

Aber sind die für militärischen Erwerbsersatz geschaffenen Lohnprocente auch für die Altersvorsorge für alle die richtige Finanzierung? Die Beiträge der Arbeitgeber werden vorwärts auf die Preise oder rückwärts auf die Löhne überwälzt. Im Arbeitsmarkt relevant ist nur der steigende Bruttolohn. Höhere Lohnabzüge drücken auch auf die Kaufkraft der aktiven Bevölkerung.

Doch für eine ganze Weile lief alles wie geschmiert, weil wir einen einmaligen Lohnwachstumsboom erlebten. Und so wuchs der AHV-Fonds viel schneller als erwartet. Ab 1959 nahm jedoch das Tschudi-Tempo überhand mit dem Motto: «900 000 Rentner werden es Ihnen danken». Der AHV ging es prächtig, weil die Wachstumsrate der Löhne die Kapitalrendite klar überstieg. Und so wurde (ohne Not oder gar Kompensation) 1957 das Rentenalter der Frauen um ein Jahr und 1963 um zwei gesenkt, was heute praktisch niemand mehr weiss. Das 3-Säulen-System geht auf je eine Volksinitiative der Kommunisten im

Dezember 1969 und nur drei Monate später der Sozialdemokraten zurück. Beide Vorstösse wollten eine Verfassungsgarantie, dass die Volkspension unter Einbau der Pensionskassen in die AHV 60 Prozent des früheren Erwerbseinkommens decken müsse.

Die bürgerliche Mehrheit wehrte sich vehement dagegen, musste aber den Sozialdemokraten für deren Rückzug wesentliche Konzessionen machen, so vor allem für beide Säulen zusammen das Ziel der «Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Weise». Angemessen sind auch 50 Jahre später noch die 60 Prozent des letzten Einkommens.

Am 3. Dezember 1972 verwarfen die Stimmbürger die PdA-Initiative mit 75 Prozent und verankerten die 3-Säulen-Doktrin in der Verfassung. Schmachhaft gemacht wurde das schon damals durch eine Verdoppelung der AHV-Renten. Die Überalterung bringt die AHV in eine finanzielle Krise. Statt vier Erwerbstätigen pro Rentner werden es bald nur noch zwei sein. Was wäre zu tun? Eine möglichst schnelle Erhöhung des Rentenalters auf 67 ist unabdingbar. Stattdessen schlägt der Bundesrat eine neue Rente für über 60-Jährige vor, die Anreize für noch mehr Frühpensionierungen schafft.

Demografie und Ökonomie sprechen auch gegen eine weitere Erhöhung der Lohnprocente. Die zukünftigen Generationenlasten lassen sich besser durch die Mehrwertsteuer abfedern. Doch die Linke ist dagegen, weil Lohnprocente ja (auf dem Papier) zur Hälfte von den Arbeitgebern übernommen werden und die höheren Einkommen die niedrigeren stark begünstigen.



**Silvio Borner**  
emeritierter Professor für  
Volkswirtschaft an der Uni Basel